

GESAMTPERSONALRAT AKTUELL

Mitteilungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Personalräte und Frauenbeauftragten der bremischen Verwaltungen und Betriebe



Auskunft erteilt: Doris Hülsmeier / Bernhard Esters
Telefon: 361 6332 / 6395

-Rundschreiben Nr. 18 vom 18. Mai 2009

Richtig entschieden: Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz auch im Siemens-Hochhaus!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Siemens-Hochhaus wird saniert bei gleichzeitiger Herstellung zu öffnender Fenster - so hat der Senat am 28. April 2009 beschlossen.

Das ist endlich einmal eine gute Nachricht zum Siemens-Hochhaus. Schließlich läuft der Mietvertrag mit der Eigentümerin noch 23 Jahre. Und genauso lange werden Beschäftigte des bremischen öffentlichen Dienstes - aus welchen Dienststellen auch immer - in diesen Räumlichkeiten arbeiten müssen.

Die Entscheidung für die Sanierung mit zu öffnenden Fenstern ist eine Entscheidung für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Siemens-Hochhaus sind derzeit erheblich. Bei einer Sanierung mit weiterhin geschlossenen Fenstern wäre eine Verbesserung sehr fraglich (sick building syndrom, das heißt gebäudebezogene Krankheit). Daher hatten sich die Personalräte für zu öffnende Fenster stark gemacht.

Die Gesundheit der Beschäftigten ist auch als ökonomischer Faktor zu werten (neben den energetischen Vorteilen). Insofern sind die von Bremen zu tragenden Kosten in Höhe von 1,4 Mio. Euro für die zu öffnenden Fenster auch von Arbeitgeberseite akzeptiert worden.

Weserkurier/Bremer Nachrichten schreiben seit der Senatsentscheidung immer wieder gegen die zu öffnenden Fenster. Dabei werden Vorbehalte gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, insbesondere gegen Beamte, geschürt. Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz ist für die Redakteure offenkundig kein Thema, arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse und Grundsätze werden ignoriert. Diese Polemiken sind unsachlich und ungerechtfertigt. Im Sinne von guter Arbeit und Dienstleistungsqualität für die Bürgerinnen und Bürger sind gute Arbeitsbedingungen und da-



mit auch Gesundheitsschutz für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes unverzichtbar.

Nach der Senatsentscheidung gehen wir davon aus, dass auch der Haushaltsausschuss zustimmen wird, damit die Leidenszeit der Kolleginnen und Kollegen im Siemens-Hochhaus endlich beendet werden kann.

Zum Hintergrund:

Seit 2002 arbeiten Kolleginnen und Kollegen des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie der Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales im Siemens-Hochhaus. Sie leben mit starken Einschränkungen und erheblichen gesundheitlichen Beeinträchtigungen an ihren Arbeitsplätzen.

Die betroffenen örtlichen Personalräte setzten sich daher mit großer Beharrlichkeit für zu öffnende Fenster bei der geplanten Sanierung ein. Die Ressortleitungen hingegen planten ihre Flucht aus dem Siemens-Hochhaus, andere Bereiche sollten dort einziehen.

Vor diesem Hintergrund lud der Gesamtpersonalrat im Juli des vergangenen Jahres zu einer außerordentlichen Personalräteversammlung mit der Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, ein. Mehr als 100 Interessenvertretungen der Beschäftigten des bremischen öffentlichen Dienstes waren gekommen. Sie appellierten eindringlich und geschlossen an Karoline Linnert, für eine freie Lüftung im Siemens-Hochhaus zu sorgen. Die Bürgermeisterin äußerte Verständnis für die Forderung und äußerte die Auffassung, dass die Möglichkeit, die Fenster am Arbeitsplatz zu öffnen, ein Menschenrecht sei. Sie erklärte sich schließlich bereit, eine Arbeitsgruppe zur Prüfung der freien Lüftung kurzfristig einzusetzen.

Erst in der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Karoline Linnert wurden konstruktiv und sachbezogen gesundheitliche Fragestellungen, baufachliche Aspekte, die verschiedenen Sanierungsmöglichkeiten und finanzielle Rahmenbedingungen erörtert. Letztendlich hat diese Art der Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Positionierung von Dienststellenleitungen, MitarbeiterInnen der betroffenen Ressorts, Personalräten, Gesamtpersonalrat und Fachleuten des Gebäudemanagements geführt. Dieses außergewöhnliche Vorgehen der Senatorin für Finanzen, Karoline Linnert, die damit Verlässlichkeit bewiesen hat, würdigen wir an dieser Stelle ausdrücklich.

Wir danken den beiden örtlichen Personalräten, die mit Beharrlichkeit, großem Engagement und Sachkunde zu einer Lösung im Sinne der Gesundheit beigetragen haben. Und wir danken der Solidarität der über 100 Interessenvertretungen, die im vergangenen Jahr „den Stein ins Rollen“ gebracht haben.

Mit kollegialen Grüßen

Doris Hülsmeier
Vorsitzende